

# DRINGLICHKEITSANTRAG

## gemäß § 19 K-LTGO

An den  
Kärntner Landtag  
Landhaushof  
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Klagenfurt am Wörthersee, am 25.11.2021

Betreff: **Teuerungsausgleich und Bundes-  
Heizkostenzuschuss**

Antragsteller: KO Mag. Darmann, KO-Stv. Trettenbrein, 3. LPräs. Lobnig,  
LAbg. Rauter

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken, damit die Kärntnerinnen und Kärntner einen Teuerungsausgleich von 100 Euro und einen Bundes-Heizkostenzuschuss in der Höhe von 300 Euro für einkommensschwache Haushalte erhalten.

# **BEGRÜNDUNG**

Das Wifo erwartet für Jänner 2022 eine Inflation von 4,5 Prozent. Viele Kärntnerinnen und Kärntner vor allem in einkommensschwachen Haushalten wissen nicht mehr, wie sie die stark gestiegenen Preise für Lebensmittel, Heizen und Wohnen zahlen sollen.

Der wöchentliche Einkauf ist um 6,8 % teurer als im Vorjahr, Treibstoff um 36 % teurer, die monatliche Miete steigt um rund 3 %.

Die starken Preisanstiege machen immer mehr Kärntnerinnen und Kärntner schwer zu schaffen. Für immer mehr Haushalte sind die explodierenden Preise eine existenzielle Bedrohung. Österreich hat im Kampf gegen die Teuerung noch keine Maßnahmen gesetzt – im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern. Auch im Bundesbudget für 2022 findet sich dazu nichts. Einkommensschwache Haushalte müssen daher sofort gestärkt werden.

Zudem droht Kärntner Haushalten im kommenden Winter ein Preisschock beim Heizen. Die Preise für Gas und Heizöl aber auch die Stromkosten steigen exorbitant. Aus heutiger Sicht ist jetzt schon mit einer Erhöhung von rd. 150 Euro im Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt zu rechnen.

Eine im Raum stehende weitere massive Erhöhung der Strom- und Gaspreise wird zu einer starken Steigerung der Miet- und Betriebskosten sowie zu Kostensteigerung bei den Unternehmen führen, welche wiederum zu einer allgemeinen Teuerung führen wird. Dies betrifft insbesondere die rund 97.000 armutsgefährdeten Kärntnerinnen und Kärntner.

Es ist nunmehr auch dringend die Bundesregierung gefordert, hier dringend der Kärntner Bevölkerung zu helfen.